Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 60 (1973)
Heft: 6

Rubrik: Aktuelle Kurzmeldungen der "schweizer schule"

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 04.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

liege auch in der Resignation begründet, den Anforderungen, die das heutige und künftige Bildungswesen an den einfachen Bürger stelle, nicht mehr gewachsen zu sein.

Nicht verzweifeln . . .

In der «AZ» (soz.) schreibt Hans-Rudolf Hilty: «Ich glaube, wir müßten nun alle Sozialrechte zusammenfassen und sie gemeinsam zur Abstimmung bringen: das Recht auf Bildung, das Recht auf Arbeit, das Recht auf Wohnung und das Recht auf ein menschenwürdiges Alter. Auch die soziale Sicherheit für den Bauernstand könnte da hineingepackt werden. Eine solche umfassende Vorlage der Sozialrechte müßte nun wohl unser Ziel sein.» Daher der «AZ»-Titel: «Nicht an den Sozialrechten verzweifeln».

Für Manuel Isler in der «National-Zeitung» (politisch neutral) ist das Volksmehr wichtiger als das Ständemehr. Daher: «Wenn die vergangene Abstimmung auch verloren ist, so tut man gut daran, zuständigenorts nicht einen Scherbenhaufen, sondern einen Marschhalt zu konstatieren. Einen Halt, der zur Unzeit kommt, gewiß, und der unliebsame Verzögerungen zur Folge hat.» Dieser Halt gebe genug Zeit, die Grundlagen für eine gesetzliche Verankerung des neuen Rechts nach Kräften zu verbessern. «Für die Sozialrechte hat der lange Marsch durch die Institutionen zwar eben erst begonnen. Aufzuhalten ist er nicht.»

Aufgeschoben, nicht aufgehoben

Auch für den «Bund» (freis.) wird der Bund früher oder später umfassendere Kompetenzen erhalten müssen. Thomas Feitknecht schreibt: «Der negative Entscheid der Stände am 4. März hat in dieser Hinsicht die Probleme nur aufgeschoben, aber nicht aufgehoben.»

Als «penible Überraschung» bezeichnet die «Tat» das Abstimmungsergebnis: «Der Kantönligeist, der fehlende Mut, mit einer klugen Gesetzgebung die Mängel der Verfassungsartikel wettzumachen, und eine bedrückende Gleichgültigkeit gegenüber einer Zukunft, welche die bildungsfähige Jugend von morgen zu gestalten hat, haben Triumphe gefeiert», schreibt die Landesring-Zeitung.

Kein Patt

Das fehlende Ständemehr hat das Patt verhindert und wenigstens klare Verhältnisse geschaffen. Wäre nämlich der neue Bildungsartikel mit nur einer ganz dünnen, nicht repräsentativen Mehrheit angenommen worden, er wäre so gut wie wirkungslos geblieben. Bei jeder Umwandlung von «Kann»-Ermächtigungen in «Ist»-Gesetze hätte man mit Referenden rechnen müssen, denen offenbar (siehe auch der Frühjahrsschulbeginn im Kanton Schwyz) beste Chancen eingeräumt werden müssen. So wenigstens sieht man klar: für «Recht auf Bildung» und Schulkoordination in derart verschwommenen Begriffen wie im vorgeschlagenen Verfassungsartikel ist der Bürger nicht zu haben.

Hätte es «Recht auf Ausbildung» geheißen, wie der Bundesrat ursprünglich vorgeschlagen hatte, wäre die Vorlage eventuell angenommen worden, meinte Nationalrat James Schwarzenbach; hätte es nicht «Recht auf Bildung» geheißen, erklärte Nationalrat Müller-Marzohl, Präsident des befürwortenden Komitees, wären noch weniger Stimmen zu haben gewesen: bemerkenswerte Interpretationen, die nur beweisen, wie sehr einmal mehr die Volksmeinung vom Parlament falsch eingestuft worden ist . . .

Rudolf Bächtold in: Weltwoche, 7. 3. 73

Aktuelle Kurzmeldungen der «schweizer schule»

CH: Schulstatistische Erhebungen

Die ständerätliche Kommission für Wissenschaft und Forschung hat der Kleinen Kammer Zustimmung zum Entwurf eines Bundesgesetzes über schulstatistische Erhebungen beantragt. Wie in Bern mitgeteilt wurde, gab die Kommission ihr Votum einstimmig ab. Mit der Vorlage soll dem Bund die Möglichkeit gegeben werden, in Zusammenarbeit mit den Kantonen eine regelmäßig durchzuführende Schüler- und Lehrerstatistik ausarbeiten zu lassen, «um damit den wachsenden Anforderungen im Bereich des Bildungswesens

durch die Beschaffung zuverlässiger Entscheidungsunterlagen gerecht zu werden». Die Kommission tagte unter dem Vorsitz von Ständerats-Vizepräsident Kurt Bächtold (FDP/SH) und im Beisein von Bundesrat Hanspeter Tschudi. Außerdem nahmen der Direktor der Abteilung für Wissenschaft und Forschung, Professor Urs Hochstrasser, der stellvertretende Direktor des Eidg. Statistischen Amtes, Richard Zollinger, sowie Edgar Gillioz, Chef der Sektion Bildungs-, Forschungs- und Kulturstatistik, an den Beratungen teil.

CH: Eidgenössische Anerkennung von Wirtschaftsgymnasien

Sehr wahrscheinlich noch in diesem Jahr werden die ersten Wirtschaftsgymnasien eidgenössisch anerkannt werden. Das teilt der Bundesrat in seiner schriftlichen Antwort auf ein Postulat von Frau Nationalrat Thalmann (CVP, St. Gallen) mit. Die eidgenössische Anerkennung bringt den Absolventen der Wirtschaftsgymnasien, welche in den letzten Jahren mancherorts die kantonalen Handelsschulen ersetzt haben, die freie Wahl zum Hochschulstudium. Nach geltender Regelung berechtigt die kantonale Handelsmaturität lediglich zum Studium an der Hochschule St. Gallen und an den rechts- und wirtschafts-wissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten.

CH: Für größere Durchlässigkeit der kantonalen Schulgrenzen

Die Zentralstelle der westschweizerischen Sekundarlehrer- und Berufslehrervereine hat an ihrer Delegiertenversammlung in Châteaux-d'Oeux in einer Resolution an die Erziehungsdirektoren der Westschweiz und des Tessins erleichterte Anstellungsbedingungen für Sekundarlehrer beim Übertritt in andere Kantone gefordert. Außerdem sollen interessierte Lehrer an Ausbildungskursen außerhalb ihrer Kantone teilnehmen können. In einer weiteren Forderung spricht sich schließlich die Resolution für die Gewährung eines Bildungsurlaubs aus.

CH: Bildungssteuer für das Kapital?

Der Verband Schweizerischer Studentenschaften (VSS) und der Verband der Schweizerischen Medizinstudenten (VSM) sind in einer Untersuchung zum Schluß gekommen, daß voraussichtlich in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre Zulassungsbeschränkungen (Numerus clausus) an allen Schweizer Hochschulen für sämtliche Fachrichtungen eingeführt werden. Der ungeschriebene Verfassungsanspruch auf freie Studienwahl sei für immer mehr Studienwillige nur noch eine leere Formel.

Der VSS und der VSM lehnen Zulassungsbeschränkungen kategorisch ab, insbesondere einen versteckten Numerus clausus durch vermehrtes Ausscheiden von Studenten infolge verschärfter Zwischenprüfungen. Die beiden Verbände fordern eine Vergrößerung der Ausgaben für das Bildungswesen, wobei die «Schaffung einer Bildungssteuer für das Kapital und höhere Einkommen» oder eine «Umschichtung der Staatsausgaben» vorgeschlagen werden. Außerdem werden die Kantone aufgefordert, die Neugründung von Universitäten und den Ausbau der bestehenden Hochschulen nach Kräften zu unterstützen.

CH: Nicht auf Kosten der Kinder

Die Erziehungsdirektoren der deutschsprachigen und zweisprachigen Kantone Bern, Freiburg und Wallis sowie des Tessins wollen die Frage des einheitlichen Schuljahresbeginns vorderhand auf sich beruhen lassen. Damit jedoch nicht die Kinder die Leidtragenden der unterschiedlichen Ordnung sind, werden die Kantone unverzüglich Hilfsmaßnahmen zur Erleichterung des Übertritts von Schülern von einem Kanton in den andern prüfen. Die Erziehungsdirektoren der deutschsprachigen und zweisprachigen Kantone sowie des Tessins, die sich in Zürich zu einer Arbeitstagung trafen, kamen überein, trotz den bei der äußern Koordination aufgetretenen Schwierigkeiten die innere Koordination weiter voranzutreiben. Dieses Problem wird Gegenstand einer auf Mitte April angesetzten gesamtschweizerischen Erziehungsdirektoren-Konferenz sein.

Die Lage «emotional geladen»

An der in Zürich durchgeführten Arbeitstagung wurde festgestellt, daß es politisch unrealistisch wäre, im heutigen Zeitpunkt erneut auf die Frage des einheitlichen Schuljahresbeginns einzutreten, da die Lage noch zu sehr «emotional geladen» sei. Es wurde ferner darauf hingewiesen, daß die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren dieses Problem stets als sekundär betrachtet hat. Die in Zürich versammelten Erziehungsdirektoren waren sich einig, daß nicht die Kinder und Familien, die in einen Kanton mit anderem Schuljahresbeginn umziehen, die Leidtragenden der unterschiedlichen Ordnung sein sollten. Dabei wollen sie es nicht bei Proklamationen und Empfehlungen bewenden lassen. Es ist beabsichtigt, konkrete Hilfeleistungs-Maßnahmen zu ergreifen, wie dies zum Teil schon bei der Einschulung der ausländischen Kinder geschieht.

Die Bemühungen um eine innere Koordination, welche von den Erziehungsdirektoren als vorrangig betrachtet wird und bei der bereits einige Fortschritte erzielt werden konnten, sollen intensiviert werden. Dabei geht es vor allem um einheitliche Rahmenlehrpläne, gemeinsame Lehrmittel sowie einen gleichzeitigen Fächerbeginn, wobei neben der Muttersprache die Fächer Mathematik und Fremdsprachen im Vordergrund stehen.

CH: Fortschritte der Koordination

Die Konferenz der Westschweizer und Tessiner Erziehungsdirektoren hat an einer Sitzung in Lausanne weitere Schritte zur Schulkoordinierung beschlossen. Vor zwei Monaten hatte die westschweizerische interkantonale Kommission zur Primarschulkoordinierung (CIRCE) der Konferenz die Studienvorhaben für die ersten vier Jahre übermittelt. Die Erziehungsdirektoren haben jetzt die Schulstrukturen beschlossen, die der zweiten Arbeitsetappe zugrunde gelegt werden sollen. Das fünfte Schuljahr wird in der gleichen Weise wie die vier ersten behandelt, doch das sechste wird nicht in Rahmenprogrammen umrissen werden: die Kantone bleiben in der Wahl der ihnen am ehesten zukommenden pädagogischen Lösungen unabhängig.

Die Erziehungsdirektoren werden die allseitige Einführung der CIRCE-Programme in sechs Jahren veranlaßt haben. Unrichtig sei die Vermutung, daß sie in vollem Umfange schon ab Herbst 1973 stattfinden könne. Das gemeinsame Programm wird vorerst nur in der Mathematik durchgeführt, später in Geschichte, Geographie, Naturwissenschaften, Französisch und in der Zweitsprache.

ZH: Ende des Oberseminarprovisoriums in Sicht

Umstritten war im Kanton Zürich der Bau eines kantonalen Oberseminars für Lehrkräfte der Primarschule, dem mit 142 429 Ja gegen 111 118 Nein zugestimmt wurde.

BE: Berner Studentenschaft zum Hochschulkrawall

Vier Stunden lang befaßten sich die Studentenräte der Berner Hochschule mit dem Zwischenfall, den Linksextreme gegen Korpskommandant Hirschy provoziert hatten. Die Aktion wurde verurteilt, gleichzeitig aber wurden der Armee, der bürgerlichen Presse und der Hochschule Zensuren ausgeteilt.

BE: Referendum gegen bernisches Lehrerbesoldungsgesetz zustande gekommen

Das Referendum gegen das neue bernische Lehrerbesoldungsgesetz ist mit 6469 Unterschriften zustande gekommen; es war vom freisinnigen jurassischen Großrat Georges Morand aus Belprahon ergriffen worden.

Der bernische Regierungsrat hat bereits wissen lassen, daß die allfällig notwendig werdende Volksabstimmung erst nach dem Zeitpunkt der vorgesehenen Inkrafttretung, dem 1. April 1973, stattfinden könne. Für die Zwischenzeit werde vorgesehen, daß die Saläre vorderhand nach der alten Ordnung ausbezahlt werden, ausgenommen die verschiedenen Zulagen. Diese werden fällig, sobald das am 15. November vom Großen Rat genehmigte Gesetz verworfen wird. Wird das Gesetz dagegen angenommen, können die neuen Ansätze aus technischen Gründen erst ab 1. Oktober zur Auszahlung kommen. Der Regierungsrat hat jedoch zugesichert, daß die Differenz – rückwirkend auf den 1. April – anschließend sobald als möglich überwiesen würde.

LU: Zusammenarbeit im Sektor Lehrsysteme

Das Institut für Programmierten Unterricht (IPU) in Luzern und die Deutsche Verlagsanstalt in Stuttgart sind eine enge Verbindung eingegangen. Sie haben sich in der Entwicklung und Herstellung von Lehrsystemen zusammengeschlossen, um weltweit tätig zu werden. Das Zentrum der gemeinsamen Entwicklungsarbeit befindet sich in Luzern.

Das IPU wurde 1967 gegründet und entwickelt im eigenen Verlag moderne Lehrsysteme und fertige Unterrichtsprogramme. Diese werden in den eigenen Fern- und Tagesschulen sowie für innerbetriebliche Ausbildung eingesetzt (z. B. bei der Internationalen Atomenergiebehörde in Wien für die Ausbildung der Sicherheitsinspektoren).

LU: Gesucht 683 Lehrkräfte

Im Mitteilungsblatt des Erziehungsdepartementes vom 16. Februar sind an den Volksschulen im Kanton Luzern total 683 Lehrstellen zur freien Bewerbung ausgeschrieben. Davon entfallen 394 auf die Primarschulen, 39 auf die Hilfs- und Sonderschulen, 31 auf die Oberschulen, 90 auf die Sekundarschulen und 101 auf die Arbeitsschulen sowie 20 auf die Hauswirtschaftsschulen. Dazu kommen noch acht weitere Fachlehrstellen.

LU: Aufstiegsmöglichkeiten für Primarlehrer

Als erster Schweizer Kanton plant Luzern echte Aufstiegsmöglichkeiten für alle Primarlehrer. Immer wieder wurde aus Lehrerkreisen gerügt, es sei heute nicht möglich, aufzusteigen und mehr zu verdienen. Ein schlechter, fauler Lehrer verdiene genau gleichviel wie ein guter, fleißiger. Aus diesem Grunde wollen viele initiative Junge nicht mehr Lehrer werden.

Im Kanton Luzern wurde im Auftrag des Erziehungsrates von einer Fachkommission ein Modell für eine Weiterbildung der Lehrer, verbunden mit echten und bezahlten Aufstiegsmöglichkeiten erarbeitet. Die Weiterbildung kann stufen-, fachspezifisch und in heilpädagogischer Richtung vor sich gehen. In ungefähr 1000 Stunden oder 20 bis 25 Wochen kann sich nun bald einmal jeder Primarlehrer zu einem Spezialisten ausbilden lassen. Es kann beispielsweise ein Diplom als Oberstufen-, Mittelstufen- und Unterstufenlehrer erworben werden. Weiter kann man sich zum dipl. Deutsch-, Mathematik-, Französisch- oder Werklehrer ausbilden lassen oder andere fachspezifische Diplome (zum Beispiel Turnen, Gesang) erwerben. Ferner können verschiedene heilpädagogische Spezialfächer erlernt werden. Sogar Hand-

arbeits- und Hauswirtschaftslehrerinnen können sich zu Spezialistinnen ausbilden lassen. Wer das Diplom erworben hat, bekommt eine zusätzliche jährliche Gehaltszulage von 2000 Franken.
Eine Umfrage ergab, daß im Durchschnitt 73 Prozent aller Primarlehrer echte Aufstiegsmöglichkeiten wünschen. In Fachkreisen glaubt man, daß mit dem im Kanton Luzern vorgesehenen und bald verwirklichungsreifen «Aufstiegsmodell» der Abwanderung in andere Berufe und dem dadurch verursachten großen Lehrermangel erfolgreich begegnet werden könne.

SZ: Fünftagewoche in der Schule?

Im Kanton Schwyz wird ernsthaft die Möglichkeit geprüft, in der Schule die Fünftagewoche einzuführen, und an einer kürzlichen Kantonsratsdebatte wiesen ein Kantonsrat und der kantonale Erziehungsdirektor Josef Ulrich sogar darauf hin, daß bereits ein bestehender Paragraph grundsätzlich diese Möglichkeit offenlasse. Wenig bekannt ist indessen, daß die Zweitausend-Seelen-Gemeinde Gersau im Kanton Schwyz bereits seit 50 Jahren die Fünftagewoche in der Schule hat. Die altfrye Republik Gersau am Vierwaldstättersee, die übrigens bis zum Jahre 1817 ein selbständiges Staatswesen bildete, hat mit der Fünftagewoche in der Schule offenbar keine schlechten Erfahrungen gemacht. Früher war der Donnerstag schulfrei, jetzt aber schon lange der Samstag. Im übrigen Schweizerland gehen aber die Meinungen der Eltern und Lehrer bestimmt stark auseinander: für die einen ist es ein Wunschtraum, für die anderen ein Alptraum . . .

SZ: «Hüscht-Hot»

Der Kanton Schwyz wird zum Frühlings-Schulbeginn zurückkehren. Die Schwyzer Stimmbürger haben am 3./4. März bei einer äußerst knappen Mehrheit die Volksinitiative für die Beibehaltung des Schulbeginns im Frühjahr angenommen. Mit 10 544 Ja gegen 10 202 Nein stimmten sie bei einer Stimmbeteiligung von 38 Prozent der Vorlage zu, welche Regierung und Parlament zur Ablehnung empfohlen hatten. Der Kanton Schwyz hatte im April 1971 dem Schulkonkordat die Zusage des Übergangs zum Herbstschulbeginn abgegeben und in allen Schulen den Beginn des Schuljahres auf Herbst 1973 angeordnet.

FR: Der konfessionelle Charakter der Kantonsschule Freiburg

Vor einiger Zeit forderten Schüler des Kollegiums St Michel – der freiburgischen Kantonsschule – in einer Petition die Aufgabe des konfessionellen Charakters des Instituts.
In einem achtseitigen Bericht hat nun der Rektor der Schule Stellung genommen. Er kommt zum Schluß, daß hier die Legislative oder möglicherweise das Volk werde entscheiden müssen. Mit der erneuten Wahl eines Geistlichen zum Rektor hätten Regierung und Volk des Kantons den traditionellen Charakter des Kollegiums St Michel allerdings implizit bejaht. Es gelte, meinte der Rektor, zwischen Glaubenserziehung und Religionskultur zu unterscheiden. Im Gegensatz zu jener richtet sich der Unterricht in dieser nicht an die Schüler eines bestimmten Bekenntnisses, sondern – wie die Philosophie – an alle. Die Gymnasialkommission sollte die Einführung solcher obligatorischer Kurse prüfen, während die Glaubenserziehung fakultativ zu sein hätte.

SO: Lehrerbund zur Lehrerbesoldung

Die in Olten unter dem Vorsitz von Dr. Karl Frey, Olten, durchgeführte außerordentliche Delegiertenversammlung des Solothurner Lehrerbundes (SLB) unterstützt in einer einstimmig gutgeheißenen Resolution die regierungsrätliche Vorlage zur Revision des Lehrerbesoldungsgesetzes. Die Revision bringt eine Verbesserung der Besoldungen der Junglehrer im ersten und zweiten Dienstjahr und eine Gleichstellung der Gehälter von Lehrerinnen und Lehrern. Der Lehrerbund gibt der Erwartung Ausdruck, daß die durch eine Expertenkommission ausgearbeitete Revisionsvorlage zu Beginn der neuen Legislaturperiode des Kantonsrates einem Vernehmlassungsverfahren unterbreitet wird. Weiter wird eine Anpassung an die für das Staatspersonal geltenden Bestimmungen und eine Koordination mit den entsprechenden gesetzlichen Regelungen in den andern Kantonen als notwendig erachtet.
Ferner beschloß die Delegiertenversammlung die Aufnahme der Arbeitsgruppe Sonderschule der Schweizerischen Pädagogischen Gesellschaft in den Solothurner Lehrerbund.

BS: Basel im Aargauer Hochschulrat vertreten

Von der Regenz der Universität Basel ist als deren Vertreter im Gründungsrat der Hochschule Aargau für Bildungswissenschaften Professor Dr. phil. Paul Trappe nominiert worden. Wahlbehörde ist der Regierungsrat des Kantons Aargau.

AR: Stipendien auch für Lehrerumschulungskurse

Der Regierungsrat hat beschlossen, in Zukunft auch für den Besuch von Umschulungskursen für Berufsleute an Lehrerseminarien Stipendien auszurichten. Die Höhe der Stipendien ist auf jährlich maximal 8000 Franken festgesetzt worden. Wer Stipendien von mehr als 3000 Franken im Jahr bezieht, hat sich zu verpflichten, während einer gewissen Zeit im Kanton als Lehrer tätig zu sein.

AG: Erste Freie Volksschule des Aargaus

Auf das Frühjahr wird in Baden die erste Freie Volksschule im Aargau eröffnet. Die staatsunabhängige und gänzlich durch Elternbeiträge finan-

zierte Schule strebt einen «individualisierenden» Unterricht an, in dem in kleinen Klassen den besonderen Fähigkeiten und Neigungen der Schüler Rechnung getragen werden soll.
Für diese erste aargauische «Alternativschule» sind an einer öffentlichen Orientierungsversammlung auf Anhieb 45 Kinder angemeldet worden, wobei sich die Eltern bereit erklärten, monatlich Schulgelder zwischen 100 und 500 Franken zu entrichten.

TI: Gründung einer höheren Gewerbeschule

Der Tessiner Große Rat hat der Gründung einer höheren Gewerbeschule zugestimmt, in der Elektromechaniker eine zusätzliche Ausbildung erhalten sollen. Die Absolventen dieser Kurse werden eine Mittelstellung zwischen dem qualifizierten Arbeiter und dem Techniker HTL einnehmen.

TI: Viermal mehr Gymnasiasten als 1930

Am vergangenen Jahresende zählte das Tessin 245 458 Einwohner, wovon 53 289 höchstens 14 Jahre alt und 30 301 mindestens 65 Jahre. Aus dem Statistischen Jahrbuch des Kantons Tessin 1972 geht ferner hervor, daß von 1000 Personen 217 höchstens 14 Jahre alt sind, 62 zwischen 15 und 19 Jahre, 597 zwischen 20 und 64 Jahre und 123 Personen mindestens 65 Jahre alt. 45 483 Kinder und Jugendliche besuchten die Schule.
Im Jahre 1930 gab es im Tessin 901 Gymnasiasten, heute aber über 4000. Allein das kantonale Gymnasium von Lugano zählt 901 Schüler (1935: 91). Am Polytechnikum in Zürich studierten vor achtzehn Jahren 120 Tessiner, im letzten Semester waren es 246. Auch an den Universitäten des Landes ist die Zahl der Tessiner Studenten in den letzten Jahren rapide angestiegen.

Diagramm des Erziehungsfeldes

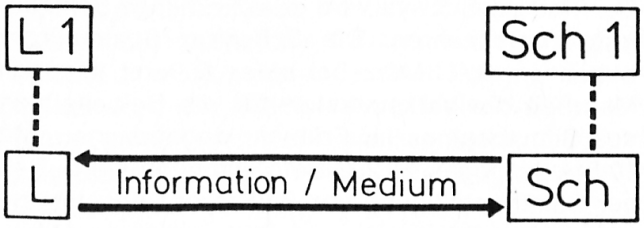
(Versuch einer schematischen Darstellung)

Franz Hargasser

Die Erziehungswissenschaft umfaßt sowohl dem Inhalt, wie der Methode nach ein «weites Feld». Nicht nur die Verflochtenheit mit anderen Wissenschaften, auch die Komplexität des Gegenstandes läßt sich oft verbal nur schwer darstellen, da sehr viele Momente einen pädagogischen Sachverhalt bestimmen, die sich nicht auf einmal explizieren lassen. Mit Hilfe eines Diagramms soll hier der Versuch gemacht werden, diese Komplexität ein wenig transparenter werden zu lassen.

I. Der Begriff «Erziehungsfeld»

Seit *K. Lewin* hat der Begriff des «Feldes» neben anderen Wissenschaften auch Einzug in die Erziehungswissenschaft gehalten, vor allem im Bereich der Didaktik. Nach *W. Schulz* entsteht durch das Lehren und Unterrichten ein «Feld mit teleologischer Struktur» [1] und *P. Heimann* spricht bei der phänomenologischen Gewinnung seiner «didaktischen Kategorien» von «Entscheidungsfeldern» und «Bedingungsfeldern»[2]. *H. Giesekke* hat nun versucht, den Prozeß des Lernens und Lehrens, der sowohl Schüler wie Lehrer verändert, in einem Schaubild darzustellen, wobei das Erziehungsfeld ausschließlich als Lernfeld verstanden wird:



(siehe Anmerkung 3)

Dieses Modell stellt mehr die pädagogische Intention eines Lehr- und Lernprozesses dar, als daß es Aufschluß über dessen Dynamik und Verlauf gibt. Eine diesbezügliche Ergänzung dieses Modells könnte die «Skizze einer Theorie des Erziehungsfeldes» H. Roths bedeuten [4]: